



## **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**

### **12. Sitzung (öffentlich)**

23. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:34 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>a) Bericht zur Tötung einer 12-Jährigen in Freudenberg (<i>Bericht auf Wunsch der Landesregierung</i>)</b>	<b>7</b>
<b>b) Änderung der Tagesordnung</b>	<b>9</b>
Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 2 nicht zu behandeln und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen, da der federführende Ausschuss bereits votiert hat.	
<b>1 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/628	
Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)	

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und die Abstimmung zu vertagen.

**2 Mit einer Arbeits- und Fachkräfteoffensive im Bereich der beruflichen Bildung dem Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen begegnen** 11

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/1353

Ausschussprotokoll 18/148

– abschließende Beratung und Abstimmung

– wird nicht behandelt

**3 Schuleingangsuntersuchungen vor der Einschulung müssen wieder zur Regel werden** 12

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1366

Ausschussprotokoll 18/130 (Anhörung vom 18.01.2023)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

**4 Betreuungs-Gipfel jetzt! Herausforderungen des Kita- und OGS-Ausbaus gemeinsam angehen, um die Bildungskatastrophe in der frühkindlichen Bildung zu verhindern** 13

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1688

Ausschussprotokoll 18/164 (Anhörung vom 09.02.2023)

– Wortbeiträge

- 5 Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen** 19
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/3305
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), über das weitere Verfahren im Rahmen einer Obleute-runde zu beraten.
- 6 Chancengleichheit jetzt! Das Erfolgsmodell der Familiengrundschul-zentren schnell und flächendeckend in NRW etablieren!** 20
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/3306
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.
- 7 Deutsche Sprachförderung – frühzeitig und ganzheitlich! Lese- und Sprachkompetenz im vorschulischen Bereich und in der Primarstufe langfristig sichern** 21
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/3311
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.
- 8 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionspro-gramm Ganztagsausbau)** 22
- Vorlage 18/939  
Drucksache 18/3488

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Verwaltungsvereinbarungsentwurf zur Kenntnis.

- 9 Bericht zum Handeln des Fachbereichs Jugend und Soziales der Stadt Hagen im Fall eines fünfjährigen Jungen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]*) **23**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1046

– keine Wortbeiträge

- 10 Verdacht auf sexualisierte Gewalt gegen Kinder in Burscheider Kita** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **24**

In Verbindung mit:

**Bericht zum Verdacht des sexuellen Kindesmissbrauchs durch zwei Beschäftigte in einer Kindertageseinrichtung in Burscheid** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1050

– Wortbeiträge

- 11 Sprachkitas** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **25**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1047

– Wortbeiträge

- 12 Personalverordnung Kitas NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **26**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1051

– Wortbeiträge

- 13 Aktuelle Entwicklung der Kita-Plätze in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **27**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1045
- Wortbeiträge
- 14 Aktuelle Kita-Schließungen in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **28**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1019
- 15 Wie plant die NRW-Landesregierung Kinder, Jugendliche und Familien in den ländlichen Räumen zu unterstützen?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **29**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1033
- keine Wortbeiträge
- 16 Verschiedenes** **30**
- hier: **Förderung der Sprach-Kitas** **30**



## Vor Eintritt in die Tagesordnung

- a) **Bericht zur Tötung einer 12-Jährigen in Freudenberg** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

### Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) berichtet:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass es die Möglichkeit gibt, dass wir, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen und somit zum Alltagsgeschäft übergehen, die Gelegenheit bekommen, einige Worte zu dem mutmaßlich von Kindern an der 12-jährigen Luise in Freudenberg verübten Tötungsdelikt zu sagen.

Meine Gedanken sind wie unser aller Gedanken heute und auch in den vergangenen Tagen bei Luise, bei ihrer Familie und ihren Freunden. Ich vermag mir nicht vorzustellen, wie die Trauer und der Schmerz sein müssen, welche nun auf dieser Familie, auch auf einem ganzen Ort, über den Freundinnen und Freunden des Mädchens liegen und welche Spuren diese Trauer noch in Jahren und vielleicht auch Jahrzehnten hinterlassen wird.

So ein Fall nimmt einen mit. Er nimmt uns sicherlich alle mit. Für uns alle ist es etwas Unvorstellbares, dass Kinder töten. Trotzdem ist es wahr. Daher sind meine Gedanken auch bei den Familien der Mädchen, die das Tötungsdelikt mutmaßlich vergangen haben, sowie bei den Mädchen. Sie haben ihr Leben noch vor sich und werden mit dieser Schuld, die sie auf sich geladen haben, ihr Leben lang leben müssen.

Es ist aus meiner Sicht aber nicht an der Zeit für voreilige Schlüsse oder vorschnelle Forderungen. Bei der Tötung des Mädchens, bei der Tötung von Luise in Freudenberg handelt es sich um ein unfassbares und auch zutiefst verstörendes, aber eben auch um ein singuläres Ereignis. Aufgrund dieser Singularität – Gott sei Dank ist es sehr selten, dass Kinder töten oder zu so schweren Gewaltdelikten greifen – sollten aus der Tat keine verallgemeinernden Schlüsse auf die möglicherweise generelle Bereitschaft von Kindern oder auf die Frage nach einer generellen Ausweitung dieser Delikte gezogen werden.

Aktuell wissen wir noch nicht allzu viel über die vermutlich sehr komplexen Tathintergründe. Das Jugendamt des Kreises Siegen-Wittgenstein hat sich nach intensiver Abwägung angesichts der vielfältigen Nachfragen nach den mutmaßlichen Täterinnen und ihren Familien dazu entschließen müssen, zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte der beiden Kinder keine weiteren Auskünfte zu erteilen. Das gilt auch für die Fachabteilung meines Hauses, die beim Jugendamt nach Hintergründen und vor allem nach dem Umgang mit den beiden mutmaßlichen Täterinnen und ihren Familien gefragt hat. Dennoch ist jetzt nicht die Zeit für Mutmaßungen.

Kinder unter 14 Jahren – um noch etwas Generelles dazu zu sagen – sind nicht strafmündig, egal wie schwer der Straftatbestand ist, den sie formal erfüllt haben. Die reflexartig vorgebrachten Forderungen nach einer Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze helfen aus meiner Sicht nicht weiter. Es gilt jetzt, sehr genau hinzu-

schauen und sehr genau Ursachen und mögliche Entwicklungen anzuschauen – gründlich, aber auch in der gebotenen Differenzierung. Ich bin sehr an der Seite meines Kollegen Herrn Innenminister Reul, der solche Forderungen in ihrer Pauschalität bislang zurückgewiesen hat. Es darf jetzt nicht um Reflexe gehen, um möglichst schnelle Antworten auf sehr komplexe Fragestellungen. Vielmehr müssen wir uns die Ursachen anschauen, und am Ende muss es, gerade wenn wir über Kinder und Jugendliche sprechen, um Prävention gehen.

Da verschiedentlich gefordert wurde, ein Kind, das nicht strafrechtlich belangt und daher auch nicht in einer Jugendstrafvollzugsanstalt untergebracht werden kann, wenigstens in einer geschlossenen Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe unterzubringen, möchte ich auch dazu kurz Stellung nehmen.

Es gibt in Nordrhein-Westfalen stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die über Plätze für eine geschlossene Unterbringung verfügen. Die Unterbringung erfolgt in zeitlich engen Grenzen und erfordert einen Unterbringungsbeschluss des Familiengerichts. Die geschlossene Unterbringung eines Kindes hat jedoch keinen Sanktionscharakter und dient vor allem keinen generalpräventiven Zwecken. Im Vordergrund steht nicht der Schutz der Öffentlichkeit, sondern immer die Unterstützung und Erziehungsbedarfe des einzelnen Kindes. Auch da liegt also ein präventiver Ansatz zugrunde.

Straftaten der Kinder ziehen auch nicht, wie man verschiedentlich lesen konnte, automatisch Sanktionen bei den Erziehungsberechtigten nach sich. Das örtliche Jugendamt wird im Einzelfall zu entscheiden haben, ob sich aus wiederholt oder einfach begangenen Straftaten Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung ergeben können. Alle Maßnahmen, die als Ergebnis der Prüfung getroffen werden, sind auf den Schutz des Kindes und die Unterstützung der Familien gerichtet. Sie haben keinen Sanktionscharakter.

Diese Kinder brauchen sicherlich eine intensive und langfristige psychologische Betreuung und auch schnell greifende Therapieangebote. Daher sind neben der Kinder- und Jugendhilfe auch andere Hilfesysteme wie insbesondere die Kinder- und Jugendpsychiatrie gefragt.

Soweit in der Debatte mehr Präventionsangebote zu Recht eingefordert werden, möchte ich darauf hinweisen, dass Nordrhein-Westfalen Präventionsangebote bereits in der Kita hat und wir bereits dort ansetzen. Zusätzlich zur Arbeit mit den Kindern ist auch die Zusammenarbeit mit den Eltern ein wichtiger Bestandteil von Gewaltprävention.

Trotzdem müssen wir uns sehr genau anschauen, ob wir bei der Gewaltprävention an unterschiedlichen Stellen noch besser werden müssen. Wir müssen uns sehr genau anschauen, welche Entwicklungen es möglicherweise in den letzten Jahren gegeben hat, worauf wir in der Kita, der Schule, der Jugendhilfe, aber eben auch mit den präventiven Angeboten, die es über Polizei und Justiz gibt, spezifischer reagieren müssen. Auch hier verbietet es sich aus meiner Sicht, schnell und reflexartig zu reagieren. Man muss sich die Zeit nehmen, aber auch ehrlich analysieren, was

es im Moment an Entwicklungen gibt, um auf Basis dieser genauen und differenzierten Analyse weitere, möglicherweise notwendige Schlüsse ziehen.

Schließen möchte ich – das ist mir wichtig – im Zusammenhang mit der schrecklichen Tat von Freudenberg mit dem Hinweis, dass es keinen standardisierten Umgang mit Kindern, die Tötungs- oder andere schwere Gewaltdelikte begangen haben, gibt. Es kann sie nicht geben. Gott sei Dank sind es extrem seltene Fälle, die immer einen eigenen Kontext haben. Die Hintergründe mögen für uns schwer zu verstehen sein, und es ist ja auch eigentlich nicht zu begreifen. Die Tat selbst und die Tatsache, dass Kinder töten, ist schier unerträglich. Deswegen gilt es aber noch einmal umso mehr, genau hinzuschauen und Pauschalierungen zu vermeiden.

#### **b) Änderung der Tagesordnung**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 2 nicht zu behandeln und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen, da der federführende Ausschuss bereits votiert hat.

**1 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 31.08.2022)*

Da die regierungstragenden Fraktionen in der letzten Sitzung signalisiert hätten, dass es Bemühungen zu einem gemeinsamen Antrag zu dem Thema gebe, erkundigt sich **Dr. Dennis Maelzer (SPD)**, wie es darum stehe, da seine Fraktion dazu immer noch keine Rückmeldung erreicht habe.

Da die Abstimmungen innerhalb der regierungstragenden Fraktionen noch liefen und sie anschließend insbesondere auf die Kollegen der SPD-Fraktion im Schulausschuss zugehen würden, plädiere er, **Jens Kamieth (CDU)** dafür, den Tagesordnungspunkt noch einmal auf die nächste Sitzung zu schieben.

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und die Abstimmung zu vertagen.

*(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)*

**2 Mit einer Arbeits- und Fachkräfteoffensive im Bereich der beruflichen Bildung dem Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen begegnen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/1353

Ausschussprotokoll 18/148

– abschließende Beratung und Abstimmung

### 3 Schuleingangsuntersuchungen vor der Einschulung müssen wieder zur Regel werden

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1366

Ausschussprotokoll 18/130 (Anhörung vom 18.01.2023)

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Kinder, Familie und Jugend am 03.11.2023)*

Der Ausschuss bemühe sich um die kleinsten Kinder im Land, damit sie gesund aufwachsen, leitet **Marcel Hafke (FDP)** seinen Redebeitrag ein. Nach dem pandemiebedingten Aussetzen der Schuleingangsuntersuchungen müssten diese nun überall wieder stattfinden. Es gehe bei Schuleingangsuntersuchungen, die gegebenenfalls Konsequenzen nach sich zögen, um die Gesundheit und damit auch um die Rechte der Kinder. Die Anhörung verdeutliche, dass sie eine Notwendigkeit darstellten.

Ohne Zweifel handele es sich um ein wichtiges Thema, da sich durch Schuleingangsuntersuchungen erstens wichtige Erkenntnisse zur Entwicklung kleiner Kinder schließen ließen und sie zweitens die einzige verpflichtende Untersuchung und damit eine gute Ergänzung zu den U- und J-Untersuchungen darstellten, äußert **Jens Kamieth (CDU)**.

Da sie allerdings wieder im gleichen Umfang wie vor der Pandemie stattfänden, brauche es diesen Antrag und die Beschlüsse darin nicht.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

#### 4 **Betreuungs-Gipfel jetzt! Herausforderungen des Kita- und OGS-Ausbaus gemeinsam angehen, um die Bildungskatastrophe in der frühkindlichen Bildung zu verhindern**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1688

Ausschussprotokoll 18/164 (Anhörung vom 09.02.2023)

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung am 23.11.2023)*

Der Anhörung entnehme er, **Dr. Dennis Maelzer (SPD)**, dass es in der Betreuungslandschaft einen breiten Konsens über die Richtigkeit eines mit dem Antrag geforderten Betreuungs-Gipfels gebe. Wie der Krippengipfel Anfang der 2010er-Jahre, der einen Schub zum U3-Ausbau mit über 25.000 Plätzen bewirkt habe, stelle ein solcher Gipfel laut der Sachverständigen das passende Format dar, um alle Akteure an einen Tisch zu bekommen, um noch rechtzeitig vor Beginn des Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz im Jahr 2026 Maßnahmen zu ergreifen. Bereits bestehende Gesprächsformate sollten durch einen solchen Gipfel natürlich nicht entwertet werden.

Um beim dringend nötigen OGS-Ausbau voranzukommen, könne ein Betreuungs-Gipfel helfen, erklärt **Marcel Hafke (FDP)**. Den damaligen Krippengipfel mit allen Akteuren und dem parlamentarischen Raum habe er als sehr konstruktiv wahrgenommen.

Als unklug erachte er, dass in die momentane Arbeitsgruppe zwischen MSB und MKJFGFI nicht alle Akteure eingebunden würden. Dies gelte etwa für die Offenen Türen oder die Gewerkschaften, die später an der Umsetzung beteiligt wären. Er hielte es für sinnvoll, noch vor der Sommerpause diese Runde im Rahmen etwa eines Betreuungs-Gipfels zu erweitern, damit nicht hinter verschlossenen Türen in einem Kreis exklusiver Beteiligter diskutiert werde.

Die Anhörung veranschauliche, dass sich der Personalmangel in den Kindertageseinrichtungen zuspitze, es eine Lösung für die Behebung aller Probleme aber nicht gebe, bemerkt **Eileen Woestmann (GRÜNE)**. Der Personalmangel verhindere auch, dass Einrichtungen eröffnet werden könnten und der Kita-Ausbau so schneller voranschreite.

Auch werde durch die Aussagen der Sachverständigen deutlich, dass die Qualität und damit verbunden das Recht der Kinder auf frühkindliche Bildung nicht hintenanstehen dürften. Deswegen und weil die qualifizierten Fachkräfte nicht noch einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt werden dürften, sollte nicht einfach jeder und jede, der bzw. die zur Verfügung stehe, für die Arbeit in den Kitas herangezogen werden.

Da das Ministerium bereits zahlreiche Fachgespräche führe, bezweifle sie die Notwendigkeit eines Betreuungs-Gipfels, mit dem möglicherweise Parallelstrukturen geschaffen würden. Es gebe einen Fachkräftetag und eine Koordinierungsstelle Fachkräftemangel sowie das in enger Absprache mit den Kommunen, den freien Trägern und den Landesjugendämtern entstandene „Sofortprogramm Kita“. Laut der Sachverständigen würden diese Gesprächsformate wertgeschätzt und als wichtig und richtig erachtet.

Aus ihrer Sicht werde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf derzeit zu sehr auf die Familien abgeschoben. Auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie die Politik könnten diesbezüglich noch mehr Anstrengungen, etwa in Bezug auf Kinderkrankentage, unternehmen. Wie Dr. Kai Zentara vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Anhörung angemerkt habe, bräuchten Eltern mit einem kranken Kind nicht jemanden, der auf es aufpasse, weil sie in einer solchen Situation selbst auf das Kind aufpassen und es pflegen wollten.

**Jens Kamieth (CDU)** stimmt den Ausführungen von Eileen Woestmann (GRÜNE) in weiten Teilen zu.

Das Rekurrenieren auf den Krippengipfel gehe fehl, da es sich damals um eine Notsituation gehandelt habe, während sich heute bereits in einem Expertenbeirat über die Problematik ausgetauscht werde, die KiBiz-Evaluation laufe, der Fahrplan bekannt sei, das Thema im Ausschuss regelmäßig auf der Tagesordnung stehe und das Ministerium das Sofortprogramm vorgestellt habe.

Des Weiteren gehe es um kommunale Pflichtaufgaben. Die Jugendhilfeplanung finde vor Ort statt. Auf Landesebene gehe es gegebenenfalls um große Zahlen und große Bedarfe sowie viele Lösungen, ohne etwas davon vor Ort helfe. Daher halte er ebenso wie Florence Geerlings, die in der Anhörung auf das Neusser Modell verwiesen habe, einen guten Austausch vor Ort für wichtig.

Geklärt werden müssten konzeptionelle Fragen etwa zur Leitung sowie zur auskömmlichen Finanzierung, wobei auf die zweite Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gewartet werde, und zur OGS-Umsetzung mit hohem Qualitätsanspruch.

**Frank Müller (SPD)** bedauert das mangelnde Verständnis für die Erforderlichkeit eines Betreuungs-Gipfels.

Anders als Jens Kamieth (CDU) halte er zur Sicherstellung der von Frau Eileen Woestmann (GRÜNE) angeführten Qualität eine Lösung unter Einbeziehung aller Beteiligten auf Landesebene als zwingend notwendig an. Ansonsten gebe es immer nur Einzellösungen, die einzelne zufrieden stellten, mit denen andere aber unzufrieden seien. Dann liefen die Debatten immer weiter.

Die auskömmliche Finanzierung und qualitativ gute Aufstellung der Bildungs- und Betreuungssysteme stelle aus seiner Sicht ein Dekadenprojekt dar. Dabei gehe es auch darum, die Fachkräfte nicht an den Rand der Erschöpfung oder sogar darüber hinaus zu bringen. Er wisse, dass dies eine große Aufgabe darstelle.

Eileen Woestmann (GRÜNE) wolle Parallelstrukturen vermeiden, momentan werde aber parallel gedacht. Er denke dabei an den Offenen Ganzttag, Kita, den Ausbau von Familiengrundschohulzentren, die KiBiz-Evaluation, bei der momentan im Übrigen der Status quo zugrunde gelegt werde, und nicht, wie eine künftig auskömmliche Finanzierung aussehe, weshalb er auch nach den bisherigen Rückmeldungen der Träger frage, da ihm zugetragen worden sei, dass es diesbezüglich keine ganz so großen Elan gebe.

In der Anhörung habe Manfred Wahlhorn sehr gut hergeleitet, warum es Sinn mache, dass im Rahmen eines solchen Gipfels alle Beteiligten zusammenkämen, und gesagt, dass sich zur Not erst mal angeschrien werden müsse, um dann eine weiße Fläche zu haben, auf der man arbeiten könne.

Zu den vom Ministerium vorgestellten Sofortmaßnahmen hätten Berufsverbände und Gewerkschaften geäußert, dass sie diese nicht für vernünftig hielten, sie nicht mittrügen und die Gefahr sähen, dass die Fachkraftquote abgesenkt werde und darunter die Qualität leide.

Ihn wundere, dass CDU und Grüne im Grunde äußerten, dass es zwar eine Problemlage gebe, im Kern aber alles geregelt sei und entspannt laufe, leitet **Marcel Hafke (FDP)** seinen Redebeitrag ein. Wie auch in der kürzlich erschienenen DKLK-Studie deutlich werde bekundeten eigentlich alle Beteiligten, dass sich die Situation infolge von Corona, der Energiekrise und der Inflation noch einmal deutlich verschärft habe. Es gebe noch keine Lösung, wie der OGS-Rechtsanspruch umgesetzt werden, woher das Personal kommen und wie gleichzeitig die Problemlage in den Kitas gelöst werden solle.

Derzeit werde, wie von Frank Müller (SPD) ausgeführt, an verschiedenen Stellen etwas unternommen, teilweise in Hinterzimmern, ohne wirklich alle Beteiligten, die die Lösungen nachher umsetzen müssten, einzubinden. Da es beim damaligen Krippengipfel, den er als Oppositionspolitiker als sinnvoll wahrgenommen habe, gelungen sei, sich auf einen Zeitplan zu einigen und alle Beteiligten mit ins Boot zu holen und Verantwortung zu übernehmen, hielte er es für wichtig, auch jetzt ein solches Signal zu senden.

In Bezug auf die KiBiz-Reform gebe es zu einigen Problemlagen durchaus kein Erkenntnisdefizit, sodass schnell Maßnahmen ergriffen werden könnten. Dazu müsse das Ministerium Vorschläge einbringen. Bei Aspekten, bei denen Einigkeit über die Problemlage bestehe, würden schnelle Lösungen nicht an der Opposition scheitern. So könnte etwa zum Alltagshelferprogramm noch vor der Sommerpause ein Gesetz auf den Weg gebracht werden.

**Eileen Woestmann (GRÜNE)** fragt Marcel Hafke (FDP), warum die Vorgängerregierung ein brennendes Haus hinterlassen habe. Der Fachkräftemangel bestehe schließlich nicht erst seit Juni 2022. Man müsse ehrlich eingestehen, dass bislang niemand eine große Veränderung erfolgreich habe erzielen können. Daran müsse nun sukzessive – Frank Müller (SPD) habe zu Recht von einem Dekadenprojekt gesprochen – gearbeitet werden.

Im Ministerium werde daran gearbeitet, was auch an der Einrichtung der Koordinierungsstelle Fachkräfteoffensive für Sozial- und Erziehungsberufe deutlich werde. Diese widme sich explizit nicht nur den Kitas, sondern allgemein Menschen, die in diesem Bereich, zu dem auch der Offene Ganzttag gehöre, arbeiten wollten.

Da es eine so hitzige Debatte um das Thema gebe und zahlreiche Belange berücksichtigt werden müssten, gebe es sehr viele verschiedene Auffassungen, auch innerhalb ihrer Fraktion. Daher halte sie es für richtig, dass dem seitens des Ministeriums durch verschiedene Gesprächsformate Rechnung getragen werde. Die Sachverständigen bewerteten diese Formate positiv.

Bei einem Betreuungs-Gipfel stelle sich die Frage nach dem möglichen Output. Sie halte es nicht für sinnvoll, wenn sich alle einmal anschrien, um eine weiße Fläche zu erhalten, um dann mit der Arbeit beginnen zu können. Dafür bleibe keine Zeit.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD)** verweist darauf, dass der Krippengipfel nur ein Format des Anschreiens, sondern ein konstruktives, lösungsorientiertes gewesen sei. Damals habe man fraktionsübergreifend zusammengearbeitet.

Das „Sofortprogramm Kita“ sei mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern entwickelt worden, allerdings ohne Einbindung der Beschäftigtenvertretungen und der Eltern. So etwas könne in einem anderen Format besser gelingen. Stellte man außerdem primär auf Qualität ab, so müssten einige Maßnahmen aus diesem Programm gestrichen werden.

Natürlich könne immer darauf verwiesen werden, dass zu anderen Zeitpunkten andere Verantwortung getragen hätten. Wenn man aber nun Verantwortung trage, sei es an einem selbst, alle sich bietenden Möglichkeiten zur Problemlösung zu ergreifen. Daher freute es ihn, wenn die dem Antrag zugrunde liegende Idee – unter welchem Namen auch immer – aufgegriffen würde.

Definitiv reiche es nicht aus, darauf zu verweisen, dass bereits Anstrengungen unternommen würden und alles bereits laufe. Die Platzentwicklung im Kitabereich sei die schlechteste seit über zehn Jahren. Dabei stiegen durch Zuwanderung und Entwicklungen in den Familien die Bedarfe.

Er könne nicht stehenlassen, dass den regierungstragenden Fraktionen unterstellt werde, dass sie irgendetwas bagatellisierten, erklärt **Jens Kamieth (CDU)**.

Natürlich sollten die Probleme möglichst in einem gemeinsamen Kraftakt gelöst werden, und zwar konzentriert, geordnet und strukturiert. Die Gesprächsrunden zwischen dem MSB und dem MKJFGFI verliefen sehr konstruktiv. Außerdem gebe es seitens des Bundes nun eine Entscheidung in Bezug auf die strukturelle Förderung. So werde die Umsetzung des OGS-Rechtsanspruchs rechtzeitig umgesetzt werden können.

Bei Regierungsantritt habe man vieles, auf dem aufgebaut werden könne, aber auch Lücken vorgefunden, bemerkt **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** einleitend. In der letzten Legislaturperiode sei bei guten Haushaltslagen viel Geld in das System

geflossen, eine strukturelle Neubetrachtung allerdings unterblieben. Nun werde im Rahmen der erneuten KiBiz-Reform in den Blick genommen, wie Dinge im Sinne der Beschäftigten, der Karriereentwicklung und der Unterstützung des Systems strukturell verbessert werden könnten.

Aus verständlichen Gründen, nämlich pandemiebedingt, habe man sich in der letzten Legislaturperiode etwa einer Fachkräfteoffensive, für die bereits ein Konzept vorgelegen habe, nicht widmen können.

Die Bewältigung der zwei aktuellen Herausforderungen, nämlich Fachkräftemangel sowie Gesetzesänderungen mit Anforderungen an Bildung, Betreuung und Erziehung, stellten in der Tat ein Dekadenprojekt dar. Mit dem Sofortprogramm würden erste Maßnahmen ergriffen. Der Frage, welche Bedarfe bestünden, müsse sich gemeinsam mit allen Stakeholdern gewidmet werden. Der Einrichtung der Koordinierungsstelle Fachkräfteoffensive für Sozial- und Erziehungsberufe liege der Gedanke zugrunde, dass nicht alles singulär, sondern zusammen betrachtet werden müsse.

Sie verwehre sich gegen den Vorwurf, dass es bei der Umsetzung des OGS-Rechtsanspruchs einen Hinterzimmerkreis gebe und nicht alle Stakeholder beteiligt würden. Es gebe einen Expertenbeirat – ein winziger Baustein im großen Ganzen –, der die Landesregierung berate. Ohne Beratung im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe sowie mit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege, Verwaltungsgesprächen mit Kommunen und Bezirksregierungen, Gesprächen mit der Schulaufsicht, Partnern aus dem Migrations- und Inklusionsbereich sowie den Kindern könnte eine solche große Reform schlicht nicht umgesetzt werden. Dem Ausschuss würden die Ergebnisse in aufbereiteter Form zur Verfügung gestellt.

Die Opposition fordere mit dem Betreuungsgipfel nun ein weiteres Gesprächsformat. Sie müsse sich entscheiden, ob sie wolle, dass alle richtigerweise eingebunden würden – was auch geschehe –, oder ob sie der Regierung unterstelle, dass zu viel geredet und zu wenig getan werde.

Der Idee eines Gipfels stehe sie nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Er könne aber nicht einem Selbstzweck dienen. Auch könne es nicht darum gehen, dass sich alle ihre jeweilige Auffassung noch einmal schreienderweise mitteilten. Vielmehr müsse an Lösungen gearbeitet werden. Zwei Gipfel auf Bundesebene hätten den gewünschten Zweck nicht erfüllt.

Nachdem die Verwaltungsvereinbarung für ein Investitionsprogramm zum OGS-Ausbau nun endlich vorliege, befinde sie sich nun im parlamentarischen Verfahren. In Bezug auf weitere Rahmenbedingungen laufe der Prozess. Trotz Zeitdruck und bereits bestehendem Fachkräftemangel im Bereich der frühkindlichen Bildung müsse man dem Anspruch von Bildung, Betreuung und Erziehung gerecht werden.

Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels gebe es momentan zwei Forderungen, die überspitzt formuliert lauteten, dass entweder alle Interessierten ins System geholt werden sollten oder die Qualität über allem stehe. Die Lösung müsse irgendwo in der Mitte liegen. Dazu gehörten auch Qualifizierungsformate in modularisierter Form, damit sich die Menschen immer weiter fortbilden könnten, sowie diverse weitere Bausteine wie

etwa die standardmäßige schulische Ausbildung oder das in den letzten Jahren immer stärker genutzte Format PiA, also die Praxisintegrierte Ausbildung,

Bei der unter TOP 12 noch zu diskutierenden Personalverordnung gebe es einerseits das Problem, dass die Träger, die Gewerkschaften etc. diese nicht befürworteten. Andererseits bestehe das Problem auch darin, dass die Möglichkeiten, die sie biete, nicht überall genutzt würden. Daher bedürfe es diesbezüglich noch Unterstützung.

**Frank Müller (SPD)** warnt davor, dass die letzte Aussage der Ministerin so aufgefasst werden könne, dass ausreichend Geld zur Verfügung stehe, es einfach nur eingesammelt werden müsse und dafür jetzt Nachhilfe angeboten werde. Es bestehe doch Konsens darüber, dass das System an Grenzen stoße.

Er bezweifle außerdem, dass die beteiligten Ministerien sich so integriert mit der OGS-Thematik befassten, wie Jens Kamieth (CDU) es dargestellt habe.

Im Ausschuss für Schule und Bildung werde etwa darüber diskutiert, wie man sich OGS vorstelle. Dafür müsse man nicht, wie es dort gelegentlich heiße, auf den Bund warten, da man Vorstellungen unabhängig von Entscheidungen auf Bundesebene entwickeln und sie anschließend mit den tatsächlichen Regelungen abgleichen könne.

Im selben Ausschuss sei geäußert worden, dass Personal, Qualität und Räume getrennt voneinander betrachtet werden müssten. Aus frühkindlicher Perspektive gebe es jedoch einen direkten Zusammenhang, weil davon die Betriebserlaubnis abhänge.

Städtetagspräsident Thomas Kufen, wahrlich nicht Mitglied seiner Partei, habe kürzlich moniert, dass sich die Städte in den Gesprächsformaten nicht ausreichend beteiligt fühlten.

In der letzten Legislaturperiode habe man angesichts des Bergs an Herausforderungen nicht gewusst, in welche Richtung man sich wenden solle. Bei der Revision des KiBiz habe man dann eine Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden erzielt und dies über andere Beteiligungsformate gestellt. Wollte man diesen Fehler nicht wiederholen, dürften die bestehenden Formate nicht einfach fortgeführt werden. Führe man in parallelen Strukturen Gespräche, blieben Klippen bestehen, die anschließend umschiffen werden müssten. Das Ansinnen eines Betreuungs-Gipfels sei, diese Klippen zu Beginn des Prozesses einmal gemeinsam zu umschiffen, also Problemen zu begegnen, die sich allen Ministerinnen und Ministern gestellt hätten.

**5 Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/3305

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 08.03.2023)*

**Dr. Dennis Maelzer (SPD)** bekundet, seine Fraktion wünsche sich eine Anhörung zu dem Thema, die gegebenenfalls in schriftlicher Form stattfinden könne. Dies solle im Rahmen einer Obleuterunde geklärt werden. Eventuell könne auch der in der kommenden Plenarwoche auf der Tagesordnung stehende Antrag der FDP-Fraktion zum Thema „Fachkräftemangel“ in diesem Verfahren gemeinsam mit dem Antrag seiner Fraktion behandelt werden.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), über das weitere Verfahren im Rahmen einer Obleuterunde zu beraten.

**6 Chancengleichheit jetzt! Das Erfolgsmodell der Familiengrundschulzentren schnell und flächendeckend in NRW etablieren!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/3306

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 08.03.2023)*

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

**7 Deutsche Sprachförderung – frühzeitig und ganzheitlich! Lese- und Sprachkompetenz im vorschulischen Bereich und in der Primarstufe langfristig sichern**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/3311

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 09.03.2023)*

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

**8 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)**

Vorlage 18/939  
Drucksache 18/3488

*(Zuleitung des Verwaltungsvereinbarungsentwurfs an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, den Ausschuss für Heimat und Kommunales, den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 13.03.2023)*

**Dr. Dennis Maelzer (SPD)** erkundigt sich beim Ministerium nach dem Stand der noch erforderlichen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Sicherlich arbeite man daran bereits und habe nicht auf die jetzt vorliegende Verwaltungsvereinbarung gewartet.

Die Zuständigkeit für die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern liege beim Ministerium für Schule und Bildung, führt **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** aus. Die Vorbereitungen liefen aber selbstverständlich schon, sodass sie hoffentlich zeitnah nach Abschluss des parlamentarischen Verfahrens zu dem heute auf der Tagesordnung stehenden Verwaltungsvereinbarungsentwurf auf den Weg gebracht werden könne.

Der Ausschuss nimmt den Verwaltungsvereinbarungsentwurf zur Kenntnis.

**9 Bericht zum Handeln des Fachbereichs Jugend und Soziales der Stadt Hagen im Fall eines fünfjährigen Jungen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1046

– keine Wortbeiträge

**10 Verdacht auf sexualisierte Gewalt gegen Kinder in Burscheider Kita** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*)

In Verbindung mit:

**Bericht zum Verdacht des sexuellen Kindesmissbrauchs durch zwei Beschäftigte in einer Kindertageseinrichtung in Burscheid** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1050

Da es in der Vorlage heiße, jede Meldung werde von Fachkräften der Landesjugendämter geprüft, erkundige er, **Zacharias Schalley (AfD)**, sich, ob den Landesjugendämtern entsprechend Zahlen zu konkreten Fllen oder zumindest dazu, in welchen Fllen sich der Verdacht auf Kindesmissbrauch bestätigt habe und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet worden sei, vorlägen.

**StS Lorenz Bahr (MKJFGFI)** antwortet, die Staatsanwaltschaft werde immer eingeschaltet, wenn ein solcher Vorwurf im Raum stehe. Die Landesjugendämter prüften die Meldungen und die Hintergründe entsprechender Vorgänge und berieten die Träger, wie künftig mit solchen Fllen umgegangen werden könne.

**11 Sprachkitas** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1047

Nach längeren Diskussionen über die Sprach-Kitas sei mit der Hinterlegung von Mitteln im Haushalt die Hoffnung einhergegangen, dass es nun Planungssicherheit gebe, erklärt **Dr. Dennis Maelzer (SPD)** einleitend. Nun bestehe allerdings weiterhin Unklarheit über die Situation ab Juni. In der Vorlage heiße es, die Rahmenbedingungen entsprächen „voraussichtlich“ denen des bisherigen Bundesprogramms, was für die Träger für die Planung keine ausreichend verlässliche Aussage darstelle.

Außerdem heiße es im Bericht: „Wie die zukünftige fachliche Begleitung des Programms erfolgen wird, wird noch geprüft.“ Träger und Beschäftigte wollten wissen, wie sich ihr beruflicher Alltag und die Unterstützung gestalteten.

Da aus den genannten Gründen Unsicherheit bestehe, bitte er um Abhilfe durch Klärung der Rahmenbedingungen.

Wegen der Möglichkeit, in andere Erfahrungsstufen aufzusteigen, und wegen möglicher Tariferhöhungen könne es zu einer Kostensteigerung kommen, weshalb sich **Frank Müller (SPD)** erkundigt, ob bei der Fördersumme eine Dynamisierung vorgesehen werde oder ob die Gefahr bestehe, dass die Förderung dann nicht mehr ausreiche.

Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel seien im Haushalt hinterlegt, die Landesregierung verdeutliche aber stets, dass Auswirkungen von Tarifabschlüssen Gegenstand weiterer Verhandlungen sein könnten und müssten, führt **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** aus.

Die Überführung des Bundesprogramms zu Sprach-Kitas auf die Landesebene habe wegen dessen Komplexität leider einige Zeit in Anspruch genommen. Nun stehe fest, dass die Landesjugendämter als Bewilligungsbehörden fungierten. Die Jugendämter sammelten die Anträge der Träger in ihrem Bezirk, summierten diese und stellten dann einen Sammelantrag beim Landesjugendamt. Dann bewillige dieses eine Summe, die die Jugendämter wiederum ein die Träger auszahlten.

Dass über die Auswirkungen von Tarifabschlüssen weiter verhandelt werden könne und müsse, heiße nicht dass es der Fall sei, bemerkt **Frank Müller (SPD)**, woraufhin **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** entgegnet, der Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sei im Haushalt festgelegt.

**Frank Müller (SPD)** wirft daraufhin die Frage ein, ob es eins zu eins wie vorher gestaltet werde, worauf **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** antwortet, dies lasse sich dem Haushalt entnehmen.

**12 Personalverordnung Kitas NRW** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1051

Das Ministerium verweise hinsichtlich der Eingruppierung der Beschäftigten auf die Tarifautonomie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, greift **Dr. Dennis Maelzer (SPD)** auf. Allerdings komme es vor, dass Ergänzungskräfte mit einer Weiterqualifizierung für Fachkraftstunden eingesetzt würden. Dies führe wegen der sehr unterschiedlichen Bezahlung zu Unmut. Außerdem gehe damit ein wirtschaftlicher Anreiz einher, so vorzugehen statt auf Fachkräfte zurückzugreifen. Daher erkundige er sich, welche Möglichkeit für einen Eingriff im Sinne der Beschäftigten das Ministerium diesbezüglich sehe.

Wie schon in der letzten Sitzung wünsche er des Weiteren zu erfahren, ob mit der im „Sofortprogramm Kita“ vorgesehenen Maßnahme, das Freiwillige Soziale Jahr stärker zu forcieren, gemeint sei, dass mehr dafür geworben werde oder ob mehr Stellen geschaffen würden und entsprechend mehr Geld zur Verfügung gestellt werde. Außerdem stelle sich die Frage, ob die Aufgaben im FSJ ähnlich denen von Alltagshelfern seien.

Derzeit werde ein Konzept zur Forcierung des FSJ erarbeitet, erläutert **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)**. Im Rahmen des Ausbaus sollten mehr Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Grundsätzlich diene es nicht in erster Linie der Linderung der Personalnot in Kitas, sondern der Sammlung von Erfahrungen, damit junge Menschen sich auf dieser Basis für dieses Berufsfeld entscheiden könnten. Sie brächten nicht die nötigen Qualifikationen und Erfahrungen mit und müssten betreut und begleitet werden. Bei ergänzenden Tätigkeiten oder zusätzlichen Angeboten stellten sie aber durchaus eine Hilfe dar.

In Bezug auf Ergänzungskräfte teilten die Träger mit, dass insbesondere die Möglichkeit, diese unbefristet, also nicht nur bis 2025, sondern perspektivisch bis 2030 einzustellen, eingeräumt werden sollte. Außerdem wünschten sie, dass die Ergänzungskräfte in allen Gruppentypen zum Einsatz kommen dürften.

Auch müsse sich Entwicklungsmöglichkeiten gewidmet werden. Kinderpflegepersonen müssten zu qualifizierten Fachkräften, die Erzieherinnen und Erziehern entsprechen, werden können.

Die Eingruppierung müsse in der Tat im Sinne der Tarifautonomie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geregelt werden. Seitens des Landes müssten aber Entwicklungsperspektiven für bereits in dem Bereich Tätige in den Blick genommen werden.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD)** stellt noch einmal die Frage, ob das Land Mittel bereitstelle, um mehr FSJ-Stellen zu schaffen, oder ob es lediglich mehr dafür werbe, woraufhin **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** ausführt, das Land plane, das FSJ nicht nur mehr zu bewerben, sondern es auch zu stärken. Daran werde momentan konzeptionell gearbeitet.

**13 Aktuelle Entwicklung der Kita-Plätze in NRW** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1045

Nachdem bereits in der vergangenen Legislaturperiode die Platzentwicklung insbesondere im U3-Bereich, aber auch in den Kitas insgesamt häufig kritisiert worden sei, habe sich die Situation jetzt sogar noch weiter verschlechtert, merkt **Dr. Dennis Maelzer (SPD)** an. Die Zahl der Plätze sei die niedrigste seit über zehn Jahren und die beim U3-Ausbau sei die zweitniedrigste seit Einführung des Rechtsanspruchs.

In der laufenden Legislaturperiode habe man bereits diskutiert, wie Verbesserungen erzielt werden könnten, nämlich unter anderem durch eine Überarbeitung der Förderprogramme. Bislang sei allerdings keine Anpassung erfolgt, obwohl die Baupreise und die Förderprogramme immer weiter auseinanderklafften. Für die Refinanzierung der Mietkostenzuschüsse über das KiBiz gelte dies noch mehr, weil sie bei der Revision des Gesetzes in der vergangenen Legislaturperiode ausgespart worden sei, um die Diskussion nicht zu überfrachten.

Die letzte Überarbeitung der Richtlinie zu Bau- bzw. Investitionskosten liege einige Jahre zurück, ruft **Marcel Hafke (FDP)** in Erinnerung. Diese Kosten seien in den letzten zwei bis drei Jahren jedoch massiv gestiegen. Daher erkundige er sich, wann die Richtlinie angepasst werde, um den Kommunen und den Trägern Baumaßnahmen zu ermöglichen. Es könne nicht viel Zeit in Anspruch nehmen, eine solche Anpassung vorzunehmen.

Auch bei der Vorgängerregierung habe man auf vieles sehr lange warten müssen, entgegnet **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)**. Das Ministerium habe die Richtlinie für die Investitionskosten jedoch überarbeitet, nun befinde sie sich in der Abstimmung innerhalb der Landesregierung.

**14 Aktuelle Kita-Schließungen in NRW** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1019

Anhand der Zahlen im Bericht lasse sich eine negative Tendenz ablesen, fasst **Dr. Dennis Maelzer (SPD)** zusammen. Dies unterstreiche die Notwendigkeit von intensiven Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, die den Ausschuss in den nächsten Monaten beschäftigen würden und über die Maßnahmen im „Sofortprogramm Kita“ hinausgehen müssten. Er wünsche ein schnelleres Aufgreifen der Vorschläge der Opposition, um zeitnah die Probleme anzugehen.

Außerdem frage er, ob die Zahlen noch genauer aufgeschlüsselt werden könnten, sodass es Informationen zu den einzelnen Kommunen gebe und man an diese mit Hinweisen herantreten könne. Gegebenenfalls ließen sich so Hotspots erkennen.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** sagt zu, dass geprüft werde, inwieweit solche Daten zur Verfügung gestellt werden könnten.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD)** erkundigt sich daraufhin weiter nach eventuellen Diskrepanzen zwischen den Landesjugendämtern Westfalen und Rheinland und ob der Abfragemodus mittlerweile identisch sei, nachdem das Ministerium über intensive diesbezügliche Gespräche berichtet habe.

Außerdem wünsche er zu erfahren, was genau gemeldet werden müsse. Es gebe Berichte, dass die Zahl der Meldungen die Landesjugendämter überfordere. Gegebenenfalls müsse nicht mehr jede Personalunterdeckung gemeldet und stattdessen einmal pauschal eine schwankende personelle Besetzung mitgeteilt werden.

Laut Gesetz müsse jede Maßnahme, die geeignet sei, das Wohl der Kinder zu gefährden, gemeldet werden, führt **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** aus. Da Gesetzestexte immer auch einer Interpretation bedürften, gebe es außerdem eine Handreichung der Landesjugendämter. Darin werde vor allem darauf abgestellt, dass besser einmal zu viel als einmal zu wenig gemeldet werden sollte. Dies halte sie für eine wichtige Botschaft.

Das Ministerium bemühe sich weiterhin um die Kongruenz der Meldungen. Dem Grund für die bisherigen Unterschiede müsse man noch nachgehen.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD)** fragt nach, ob die Möglichkeit für die Träger, einmal zu melden, dass sie dauerhaft oder schwankend unterbesetzt seien, definitiv nicht bestehe, sondern erwartet werde, dass die Unterbesetzung entsprechend regelmäßig neu gemeldet werde.

Da es um den Schutz des Kindeswohls gehe, solle lieber einmal mehr als einmal weniger gemeldet werden, antwortet **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)**.

**15 Wie plant die NRW-Landesregierung Kinder, Jugendliche und Familien in den ländlichen Räumen zu unterstützen?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1033

– keine Wortbeiträge

## 16 Verschiedenes

### hier: **Förderung der Sprach-Kitas**

Wie von Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) unter TOP 11 empfohlen, habe er im Haushalt die Fördersumme für die Sprach-Kitas nachgeschlagen, erklärt **Frank Müller (SPD)**. Die Bund stelle für das erste Halbjahr eine Fördersumme von 47,6 Millionen Euro zur Verfügung, das Land eine in Höhe von 38,5 Millionen Euro. Es gebe also ein Delta; das Programm werde nicht eins zu eins ausgeglichen.

In der Mittelfristigen Finanzplanung seien für die Alltagshelferinnen und Alltagshelfer und die Sprach-Kitas jährlich 149 Millionen Euro veranschlagt. Nehme man die Förderung des Bundes mal zwei, komme man auf ungefähr 95 Millionen Euro, womit für die Alltagshelferinnen und Alltagshelfer 54 Millionen Euro blieben. Aus seiner Sicht passen die Zahlen nicht zusammen.

**MR Jan Lamontain (MKJFGFI)** antwortet, er könne zunächst nur mitteilen, dass die Mittel in Haushalt eins zu eins die Bundesförderung abdecken. Weiteres werde schriftlich nachgeliefert.

gez. Wolfgang Jörg  
Vorsitzender

## 4 Anlagen

13.06.2023/14.06.2023

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP****Marcel Hafke**Mitglied des Landtags NRW  
Parlamentarischer Geschäftsführer

An

**Wolfgang Jörg MdL**Vorsitzender des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend  
Im Hause

Mittwoch, 15. Februar 23

**Beantragung eines schriftlichen Bericht zum Handeln des Fachbereichs Jugend und Soziales der Stadt Hagen im Fall eines fünfjährigen Jungen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktion der FDP beantrage ich für die nächste Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, den 23. März 2023, folgenden Tagesordnungspunkt:

**Bericht zum Handeln des Fachbereichs Jugend und Soziales der Stadt Hagen im Fall eines fünfjährigen Jungen**

Ich möchte die Landesregierung bitten, im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, den 23. März 2023, einen schriftlichen Bericht über das Handeln des Fachbereichs Jugend und Soziales der Stadt Hagen im Fall eines fünfjährigen Jungen vorzulegen und in der Sitzung mündlich vorzustellen.

Der Presseberichterstattung vom 14.02.2023 ist zu entnehmen, dass ein fünfjähriger Junge am Sonntag, den 12.02.2023 durch den Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Hagen in Obhut genommen wurde, nachdem er bei seiner Mutter und ihrem Lebensgefährten in verahrlosten Lebensumständen (in der Wohnung wurde zudem eine Drogenplantage gefunden) aufgefunden wurde. Laut der Presseberichte wurde der Junge allerdings bereits am 13.02.2023 erneut ins häusliche Umfeld der Mutter zurückgeführt, um dann am 14.02.2023 erneut in Obhut genommen zu werden. Die Stadt Hagen hat mitgeteilt, dass die zwischenzeitliche Zurückführung auf eine Fehleinschätzung der Fachkraft des Fachbereichs, die die Familie seit längerer Zeit betreute, sowie ihres unmittelbaren Vorgesetzten zurückzuführen ist. Der Fall soll verwaltungsintern aufgearbeitet und dienstrechtlich überprüft werden.

Auf Grund der zeitlichen Distanz zwischen der vorliegenden Berichts-anfrage und der Sitzung des Ausschusses, erhoffen ich mir eine umfangliche Informationslage, ins besondere über die verwaltungsinterne Aufarbeitung des Falls. Ich bitte die Landesregierung im schriftlichen Bericht die folgenden Fragen zu beantworten:

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4430  
fdp-fraktion@landtag.nrw.de  
**fdp.fraktion.nrw**

@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdpfr\_nrw



FDPfraktionNRW

# Freie Demokraten

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**Marcel Hafke**

Mitglied des Landtags NRW  
Parlamentarischer Geschäftsführer

- Welche Einschätzung hat den Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Hagen dazu bewogen, den Jungen einen Tag nach der ersten Inobhutnahme zurück ins häusliche Umfeld der Mutter zu führen?
- Waren Mutter und Kind bereits einem anderen Jugendamt in NRW bekannt? Der Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass die Mutter und ihr Kind erst Ende 2021 in die Stadt Hagen gezogen sind.
- Falls Mutter und Kind bereits einem anderen Jugendamt bekannt waren, wurden die entsprechenden Unterlagen dem Fachbereich Jugend & Soziales der Stadt Hagen übermittelt und wie lange hat dies nach Ummeldung der Mutter gedauert?
- Welche Ergebnisse hat die verwaltungsinterne Aufarbeitung ergeben und welche Maßnahmen hat der Fachbereich daraus für sich abgeleitet?
- Welche Ergebnisse hat die dienstrechtlich Überprüfung ergeben?
- In welchem Umfang wurden die Maßgaben des Landeskinderschutzgesetz beim Fachbereich Familie und Soziales der Stadt Hagen umgesetzt?

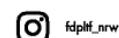
Mit freundlichen Grüßen



Marcel Hafke

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4430  
fdp-fraktion@landtag.nrw.de  
**fdp.fraktion.nrw**





AfD-Fraktion NRW • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend  
Herrn Wolfgang Jörg MdL  
- per E-Mail -



Düsseldorf, den 02.03.2023

**Beantragung eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema „Kita in Burscheid: Verdacht auf sexualisierte Gewalt gegen Kinder“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der AfD-Fraktion beantrage ich folgenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 23.03.2023:

**Verdacht auf sexualisierte Gewalt gegen Kinder in Burscheider Kita**

Wie der WDR am 02.03.2023 berichtete, soll es in einer Caritas-Kindertagesstätte in Burscheid mehrere Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Kinder gegeben haben. Laut Polizei wurden zwei Strafanzeigen erstattet.

Die schwere Vorwürfe gegen zwei Erzieherinnen haben Eltern der betroffenen Kinder erhoben. Das erschreckende an diesem Fall ist, dass gerade diese Kita ein umfassendes Schutzkonzept habe, was weit über den Standard in der katholischen Kirche hinausgehe.

Als Folge der Vorwürfe habe man Polizei, Jugendamt und alle Eltern der Burscheider Kita informiert und den betroffenen Familien umfangreiche Hilfe zugesichert. Der Sprecher der Caritas betonte aber auch, dass bis zur Klärung des Falls die Unschuldsvermutung für die beiden Erzieherinnen gelte.

MEDIEN

 @afdfraktionNRW  
 AfD-Landtagsfraktion NRW  
 afd.fraktion.nrw  
 AfD\_FraktionNRW

ANFAHRT

 AfD-Fraktion NRW  
Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf

KONTAKT

 +49 211 / 884 45 38  
 afd-fraktion@landtag.nrw.de  
 www.afd-fraktion.nrw



Ich bitte die Landesregierung insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den Ermittlungen zu den oben geschilderten Vorwürfen gegen die Erzieherinnen der Burscheider Kita?
2. Welche Standards hatte die Caritas Kita zum Schutz der Kinder vor sexualisierter Gewalt?
3. Wie groß ist das Ausmaß der Vorwürfe sexualisierter Gewalt in der Kita?

Mit freundlichen Grüßen

Zacharias Schalley MdL

**MEDIEN**

 @afdfraktionNRW  
 AfD-Landtagsfraktion NRW  
 afd.fraktion.nrw  
 AfD\_FraktionNRW

**ANFAHRT**

 **AfD-Fraktion NRW**  
Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf

**KONTAKT**

 +49 211 / 884 45 38  
 afd-fraktion@landtag.nrw.de  
 www.afd-fraktion.nrw

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP****Marcel Hafke**Mitglied des Landtags NRW  
Parlamentarischer Geschäftsführer

An

**Wolfgang Jörg MdL**Vorsitzender des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend  
Im Hause

Donnerstag, 2. März 23

**Beantragung eines schriftlichen Bericht zum Verdacht des sexuellen Kindesmissbrauchs durch zwei Beschäftigte in einer Kindertageseinrichtung in Burscheid**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktion der FDP beantrage ich für die nächste Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, den 23. März 2023, folgenden Tagesordnungspunkt:

**Bericht zum Verdacht des sexuellen Kindesmissbrauchs durch zwei Beschäftigte in einer Kindertageseinrichtung in Burscheid**

Ich möchte die Landesregierung bitten, im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, den 23. März 2023, einen schriftlichen Bericht zur oben genannten Sache vorzulegen und in der Sitzung mündlich vorzustellen.

Laut der Presseberichtserstattung vom 02. März 2023 sind in einer Kindertagesstätte in Burscheid zwei Beschäftigte nach Vorwürfen des sexuellen Kindesmissbrauchs freigestellt worden. Gegen die beiden Erzieherinnen wurde Strafanzeige gestellt. Nach aktuellem Stand ist nicht bekannt, wie viele Kinder den Vorwürfen zufolge von sexuellem Missbrauch betroffen sein könnten. Der Verdacht wurde laut Presseberichtserstattung von mehreren Eltern geäußert und beziehe sich daher vermutlich auf Kinder aus mehreren Familien. Die Eltern beschuldigen die beiden Erzieherinnen des sexuellen Missbrauchs und der sexualisierten Gewalt gegen Kinder.

Auf Grund der zeitlichen Distanz zwischen der vorliegenden Berichts-anfrage und der Sitzung des Ausschusses, erhoffen ich mir eine umfängliche Informationslage. Ich bitte die Landesregierung im schriftlichen Bericht die folgenden Fragen einzeln zu beantworten:

- Wie und wann sind Verdachtsmomente gegen die beiden Beschuldigten aufgetreten und wann wurde die Leitung der Kindertageseinrichtung bzw. der Träger über diese in Kenntnis gesetzt?

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4430  
fdp-fraktion@landtag.nrw.de  
**fdp.fraktion.nrw**

# Freie Demokraten

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**Marcel Hafke**

Mitglied des Landtags NRW  
Parlamentarischer Geschäftsführer

- Wie viele Kinder in der Kindertageseinrichtung in Burscheid sind betroffen? Wie viele davon sind männlich und wie viele sind weiblich?
- Seit wie vielen Jahren sind die beiden Beschuldigten als Erzieherinnen beschäftigt? Wie viele Jahre sind sie in der Kindertageseinrichtung in Burscheid beschäftigt?
- Über welchen Ausbildungsweg sind die beiden Beschuldigten Erzieherinnen geworden?
- Haben die beiden Beschuldigten die vorgeworfenen Taten gemeinschaftlich durchgeführt oder handelten sie unabhängig voneinander?
- Gibt es Erkenntnis über andere strafrechtliche relevante Taten der beiden Beschäftigten außerhalb der Kindertageseinrichtung in Burscheid?
- Hat der Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis als Träger der Kindertageseinrichtung ein Kinderschutzkonzept und wie sieht dieses aus?
- Welche Zahlen liegen der Landesregierung zu sexuellem Missbrauch und sexualisierten Gewalt gegen Kinder vor, bei denen die Täter Erzieherinnen bzw. weibliche Täter waren?
- Welche Maßnahmen der Landesregierung im Bereich des Kinderschutzes zielen auf weibliche Täter?

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Hafke

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4430  
fdp-fraktion@landtag.nrw.de  
**fdp.fraktion.nrw**





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend  
Herrn Wolfgang Jörg MdL  
- per E-Mail -



**DENNIS MAELZER**  
Familienpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2158  
F 0211.884-3185  
EMail dennis.maelzer@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

10.03.2023

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 23.03.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Berichtspunkte für die kommende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 23. März 2023:

#### 1. Sprachkitas

Im September 2022 haben wir sehr emotional das Thema Sprachkitas im Landtag debattiert. Im Herbst gab es auch eine Einigung der Länder und des Bundes auf die Fortführung des Programms für das laufende Kita-Jahr gegeben, sowie die Übereinkunft zwischen Ländern und Bund, dass die Sprachkitas ab dem Kitajahr 2023/24 durch die Länder weiterfinanziert werden.

Wir bitten die Landesregierung um einen ausführlichen Bericht zum generellen Fortgang der Sprachkitas auf Bundesebene und wie NRW seinen Weg fortsetzen will.

Wir bitten die Landesregierung hier auch auf folgende Fragen einzugehen:

1. In welchen Rahmenbedingungen wird das Konzept der Sprachkitas in NRW fortgesetzt?
2. Wie wird die Fachberatungs-Fachkraft-Struktur erhalten / fortgesetzt?
3. Wie regelmäßig findet die Kommunikation mit den Trägern statt?
4. Wie wird die Qualität durch die Tandem- und Multiplikatoren Konzepte fortgesetzt?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses am 23. März 2023.

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



## 2. Personalverordnung Kitas NRW

In der Plenardebatte vom 08.03.2023 hat Ministerin Josefine Paul davon gesprochen, dass man nun mit der Flexibilisierung des Einsatzes von Ergänzungskräften und der Zulassung weiterer Berufsgruppen in der Kita vorankommen wolle. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen Bericht, der auch thematisiert, wie diese Flexibilisierung in der Praxis aussehen wird und welche Möglichkeiten es landesseitig geben wird, alle Ergänzungskräfte auf Fachkraftstunden auch entsprechend wie Fachkräfte zu bezahlen. Gibt es derzeit landesrechtliche Regelungen, die eine analoge Vergütung von Kinderpfleger\*innen verhindert, wenn sie auf Fachkraftstunden eingesetzt werden?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses am 23. März 2023.

## 3. Aktuelle Entwicklung der Kita-Plätze in NRW

Bis spätestens zum 15. März muss die Jugendhilfeplanung im KiBiz.web erstellt werden. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um eine Ausfertigung der aktuellen Entwicklung der Kita- und Tagespflege-Plätze für das Kita-Jahr 23/24. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Betreuungsbedarf der Familien in NRW?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses am 23. März 2023.

## 4. Aktuelle Kita-Schließungen in NRW

Die Rheinische Post schreibt im Februar über den Personalmangel in den städtischen Kitas in Kaarst und die damit verbundenen und permanenten Gruppenschließungen von betroffenen Einrichtungen. Eltern in NRW müssen sich neue Netzwerke schaffen, weil die Betreuung temporär wegfällt und damit auch die Arbeitsfähigkeit der betroffenen Eltern, die Kinder werden von frühkindlicher Bildung ausgeschlossen. Wir bitten die Landesregierung um die Darstellung der Kita-Schließungen auch der Teilschließungen in den vergangenen 12 Monaten und der aktuellen Situation im laufenden Kalenderjahr. Wir bitten hier um eine Aufschlüsselung der Schließungen nach Voll- und Teilschließungen, Zugehörigkeit zum Landesjugendamt und Kommune und Länge der jeweiligen Schließung.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses am 23. März 2023.



### 5. Wie plant die NRW-Landesregierung Kinder, Jugendliche und Familien in den ländlichen Räumen zu unterstützen?

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 30. November 2022 teilte Ministerin Gorissen zur Berichts-anfrage der SPD „Hat die NRW Landesregierung einen Plan für den ländlichen Raum?“ u.a. folgendes mit: „Die Belange ländlicher Räume müssen in allen Politikfeldern als Querschnittsthema Berücksichtigung finden und erfordern das konstruktive Zusammenwirken der Ressorts. In diesem Sinne stehen die Ressorts der Landesregierung miteinander im Austausch um gemeinsam eine langfristige Politik für die ländlichen Räume zu erarbeiten. Die Federführung liegt beim Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz.“

Die vom Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz betreuten Maßnahmen wurden in der Berichts-anfrage bereits dargelegt. Für einen Überblick über die geplanten Aktivitäten der einzelnen Ressorts verwies die Ministerin an die respektiven Fachministerien.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen ausführlichen Bericht zur Planung der Unterstützungen von Kindern, Jugendlichen und Familien im ländlichen Raum. Wir bitten hierbei auch um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche besonderen Probleme und Handlungsbedarfe sieht die Landesregierung im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik für die ländlichen Räume in NRW bis 2030?
2. Welche Förderprogramme und Maßnahmen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in den ländlichen Räumen plant die Landesregierung um-, bzw. fortzusetzen?
3. Welche Förderprogramme und Maßnahmen zur Unterstützung von Familien in den ländlichen Räumen plant die Landesregierung um-, bzw. fortzusetzen?
4. Welche Herausforderungen sieht die Landesregierung bei der Umsetzung des künftigen Rechts auf Ganztagsbetreuung in den ländlichen Räumen?
5. Welche Probleme sind der Landesregierung im Hinblick auf den Mittelabruf für Förderprogramme zur Unterstützung der Familie, insbesondere für Kommunen in ländlichen Gebieten bekannt, und wie plant sie diese zu lösen?
6. Welche Haushaltsmittel stehen für diese Ansätze zur Verfügung (bitte nach Bundes- und Landesmitteln aufteilen)?



7. Wo sieht die Landesregierung im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik die Notwendigkeit zur Ressortabstimmung der Ministerien untereinander und wie findet dieser Austausch statt?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht im Vorfeld der Sitzung des Ausschuss am 23.03.2023.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dennis Maelzer